

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 30

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

~~Artikel 30: Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik~~

~~Erster Artikel im Abschnitt "B. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik" in Teil II der Verfassung~~

(1) Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, ~~die ist~~ integraler Bestandteil der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ~~ist, sichert der Union eine operative Kapazität, die sich auf militärische und zivile Mittel stützt. Die Union kann diese im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen bei Missionen zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der internationalen Sicherheit außerhalb der Union einsetzen.~~

(2) Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfasst die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union. Diese führt zu einer gemeinsamen Verteidigung, sobald der Europäische Rat einstimmig einen entsprechenden Beschluss gefasst hat. Er empfiehlt in diesem Fall den Mitgliedstaaten, einen solchen Beschluss gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften anzunehmen.

~~Die Politik der Union nach diesem Artikel berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten; sie achtet die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO) verwirklicht sehen, aus dem Nordatlantikvertrag und ist vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.~~

(3) **Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfasst auch die Sicherung einer operativen Kapazität der Union, die sich auf zivile und militärische Mittel stützt. Im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen kann die Union diese bei Missionen zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der internationalen Sicherheit außerhalb der Union einsetzen.**

(4) Die Mitgliedstaaten **stellen können** für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

~~militärische und zivile~~ **zivile und militärische** Fähigkeiten als Beitrag zur Verwirklichung der vom Rat festgelegten Ziele zur Verfügung **stellen**.

~~Die Mitgliedstaaten sagen zu, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird eine Europäische Agentur für Rüstung und strategische Forschung eingerichtet, deren Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Deckung dieses Bedarfs zu fördern, zur Ermittlung der Maßnahmen beizutragen, die dazu angetan sind, die industrielle und technologische Grundlage des Verteidigungssektors zu stärken und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen sowie dem Rat bei der Evaluierung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten behilflich zu sein.~~

~~Die Mitgliedstaaten, die untereinander multinationale Streitkräfte zusammenstellen, können diese auch für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung stellen.~~

~~(4) — Beschlüsse über die Durchführung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einschließlich der Beschlüsse über die Einleitung einer Mission gemäß diesem Artikel, werden vom Rat einstimmig auf Vorschlag des Außenministers der EU oder eines Mitgliedstaates gefasst. Der Außenminister kann den Rückgriff auf einzelstaatliche Mittel sowie auf Instrumente der Union gegebenenfalls gemeinsam mit der Kommission vorschlagen.~~

~~(5) — Der Rat kann die Durchführung einer Mission im Rahmen der Union einer Gruppe von Mitgliedstaaten übertragen. Diese Mission wird nach Maßgabe von Teil II Titel B Artikel 18 der Verfassung durchgeführt.~~

~~(6) — Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvolle Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander verbindlichere Zusagen eingegangen sind, nehmen eine strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Union auf. Diese Zusammenarbeit erfolgt nach Maßgabe von Teil II Titel B Artikel 20 der Verfassung.~~

~~(7) — Solange kein Beschluss des Rates gemäß Absatz 2 ergangen ist, wird im Rahmen der Union eine engere Zusammenarbeit im Bereich der gegenseitigen Verteidigung aufgenommen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit leisten im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines an dieser Zusammenarbeit beteiligten Staates die anderen beteiligten Staaten alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Die Teilnahmemodalitäten und die praktischen Modalitäten sowie die dieser Zusammen-~~

~~arbeit eigenen Beschlussfassungsverfahren sind in Teil II Titel B Artikel 21 der Verfassung verankert.~~

~~(8) Das Europäische Parlament wird zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehört; es wird regelmäßig über die Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterrichtet.~~

Explanation (if any) :

Einordnung dieser Bestimmung:

Verschiebung in den Teil II. Diese Bestimmung ist im Hinblick auf den Regelungskontext verwirrend. Die Art. 24 bis 33 beschreiben allgemeine Formvorschriften der Kompetenzausübung der Union. Die vom Präsidium vorgeschlagene Bestimmung beschreibt dagegen die materiellen Grundsätze der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – diese jedoch gehören in den Teil II der Verfassung, wo sich dementsprechend auch etliche Regelungen dieser Bestimmung wiederfinden. Dieser Artikel sollte deshalb mit abgeändertem Inhalt als eigenständiger Artikel 16a an den Anfang des Abschnitts "B. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik" im Kapitel "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" in Teil II der Verfassung gestellt werden.

Absatz 4 (alt):

Streichung. Das Einstimmigkeitserfordernis für die Beschlussfassung des Rates ergibt sich bereits aus Artikel 9 Absatz 1 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung. Das Initiativrecht ist in Artikel 8 Absatz 1 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung geregelt. Beide Bestimmungen gelten auch für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, da diese integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist (vgl. Artikel 30 Absatz 1 des Präsidiumsentwurfs für den Teil I der Verfassung).

Absatz 5 (alt):

Streichung. Wiederholung der Regelung des Art. 18 Absatz 1 des Präsidiumsentwurfs für Teil II der Verfassung.

Absatz 7 (alt):

Streichung. Der rechtliche Gehalt dieser Regelung ist in Artikel 21 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung enthalten.

Absatz 8 (alt):

Streichung. Der rechtliche Gehalt dieser Regelung ist in Artikel 13 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung enthalten, der auch im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gilt, da diese integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist (vgl. oben Absatz 1).